

»» Dreiklang des Bürokratieabbaus: einfacher, schneller, digitaler

Nr. 422, 14. März 2023

Autor: Dr. Georg Metzger, Telefon 069 7431-9717, georg.metzger@kfw.de

Bürokratie hat Licht und Schatten. Sie ist einerseits Voraussetzung für regelgebundenes Handeln, das Rechtssicherheit gibt und faires Wirtschaften ermöglicht. Bei wachsender Bürokratie steigt aber das Risiko, dass der Nutzen mit den Kosten nicht mehr Schritt hält. Bürokratie wird sehr häufig als Gründungshemmnis genannt. Als wesentliche Gründungsbarriere, an der die Realisierung vieler Gründungen scheitert, ist sie bisher zwar nicht aufgefallen. Das liegt aber auch daran, dass Bürokratie ein weites Feld ist. (Werdende) Gründerinnen und Gründer haben mit einer Vielzahl an öffentlichen Institutionen Kontakte, mit denen sehr unterschiedliche Probleme auftreten können.

(Werdende) Gründerinnen und Gründer haben mit Abstand am häufigsten Kontakt mit dem Finanzamt, gefolgt vom Gewerbeamt, dem Jobcenter, den gesetzlichen Krankenkassen sowie der Deutschen Rentenversicherung. Etwaige Probleme werden dabei am häufigsten im Zusammenhang mit dem Jobcenter und dem Finanzamt genannt. Viele Gründungsplanerinnen und -planer hatten allerdings noch gar keinen Kontakt mit öffentlichen Institutionen. Die bereits Selbstständigen allein betrachtet, haben am häufigsten Probleme beim Umgang mit den gesetzlichen Krankenkassen wahrgenommen.

Bürokratie lässt sich nicht auf wenige spezifische Probleme eingrenzen, obwohl es natürlich bekannte Konfliktpunkte gibt. Insgesamt ist es wichtig, die Komplexität zu reduzieren, die Geschwindigkeit zu erhöhen, Prozesse zu digitalisieren und die Kundenorientierung zu verbessern. Insbesondere die Verringerung von Komplexität durch einfache und eindeutige Kriterien sowie eine institutionenübergreifende Harmonisierung sind vielversprechende Ansätze.

Bürokratie hat Licht und Schatten

Standardisierte und formalisierte Regeln und Verfahren für staatliche und administrative Tätigkeiten haben einen Nutzen: Sie helfen Fehler und Missverständnisse zu vermeiden, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer und Verwaltungsprozesse effizienter zu machen. Bürokratie schafft somit die Grundlage für ein faires und rechtssicheres Wirtschaften. Wenn es aber immer mehr Regeln und Vorschriften gibt, diese nicht aufeinander abgestimmt, nicht eindeutig oder zu komplex sind, dann geraten Nutzen und Kosten von Bürokratie aus dem Gleichgewicht. Verwaltungsprozesse können dann ausgebremst und ineffizient werden. Bei Unternehmen belastet das insbesondere die kleinen und jungen, die hinsichtlich ihrer Kapazitäten und Mittel eingeschränkt sind. Sie verfügen meist nicht über eigenes, internes Knowhow zur Bürokratiebewältigung oder können sich dessen externen Zukauf nicht

leisten. Ihnen zu helfen, steht in Deutschland deshalb auf der politischen Agenda. So ist im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung Bürokratieabbau für Unternehmen verankert und in der erarbeiteten Start-up-Strategie ist Bürokratieabbau für Gründerinnen und Gründer als Maßnahme formuliert. Angesichts der schwindenden Gründungstätigkeit in Deutschland erscheint Bürokratieabbau ein lohnendes Maßnahmenfeld, um die Gründungsaktivitäten wieder zu verbessern.

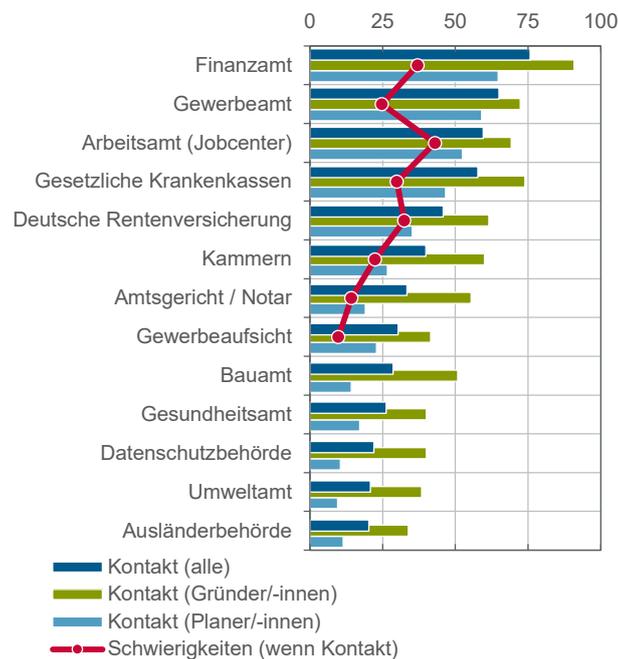
Bürokratische Hürden und Verzögerungen sind bei Gründerinnen und Gründern sowie bei Gründungsplanerinnen und -planern seit Jahren das häufigste genannte Hemmnis.¹ Gründerinnen und Gründer sind durchschnittlich zwei Stunden pro Woche mit der Bewältigung bürokratischen Aufwands beschäftigt² – Zeit, die sie für ihre Geschäftstätigkeit gut gebrauchen können. Bürokratieabbau wäre also offenbar hilfreich, auch wenn Bürokratie bisher nicht als wesentliche Gründungsbarriere, an der die Realisierung vieler Gründungen scheitern würde, aufgefallen ist. Bürokratie ist im Folgenden umfassend interpretiert. Es fallen sowohl Anforderungen (und Herausforderungen) darunter, die sich durch formalisierte Regeln und Verfahren ergeben, als auch die sich in der Interaktion mit öffentlichen Institutionen zeigen. Bürokratie ist entsprechend vielschichtig und lässt sich nicht auf wenige spezifische Themen eingrenzen. (Werdende) Gründerinnen und Gründer können mit einer Vielzahl öffentlicher Institutionen in Kontakt kommen. Der Kontakt mit einigen öffentlichen Institutionen ist allerdings häufiger und potenziell problemträglicher als mit anderen. Welche das sind haben 170 Nutzerinnen und Nutzer der Gründerplattform im Dezember 2022 bei einer Blitzbefragung beantwortet. An der Befragung nahmen 65 „junge“ Selbstständige (Gründerinnen und Gründer) und 105 Gründungsplanerinnen und -planer teil (siehe Box).

Kontakt mit dem Finanzamt am häufigsten

(Werdende) Gründerinnen und Gründer haben mit Abstand am häufigsten Kontakt mit dem Finanzamt, gefolgt vom Gewerbeamt, dem Arbeitsamt (Arbeitsagentur/Jobcenter), den gesetzlichen Krankenkassen sowie der Deutschen Rentenversicherung (Grafik 1). Diejenigen, die (noch) keinen Kontakt zum Finanzamt hatten, sind fast ausschließlich Planerinnen und Planer – sie hatten generell überdurchschnittlich häufig noch keinen Kontakt zu den genannten öffentlichen Institutionen. Platz 1 und die weitere Reihenfolge sind wenig überraschend. Die steuerliche Erfassung der selbstständigen Tätigkeit beim Finanzamt ist obligatorisch. Gründerinnen und Gründer, die bisher keinen Kontakt zum Finanzamt hatten, haben möglicherweise eine Steuerberatung zwischengeschaltet. Das Gewerbeamt auf Rang zwei ist wiederum für alle Pflichtanlaufstelle, die gewerblich tätig sein wollen.

Grafik 1: Gründerinnen und Gründer kommen kaum an Kontakt zu Finanzamt vorbei, Umgang mit Jobcenter wird am häufigsten als schwierig wahrgenommen

Mit welchen Ämtern, Kammern oder Behörden hattest du bei deiner (geplanten) Selbstständigkeit Schwierigkeiten? Anteil der Antwortenden in Prozent.



Anteil der Schwierigkeiten ist nur für öffentliche Institutionen angegeben, mit denen mindestens 50 Antwortende Kontakt hatten.

Quelle: Gründerplattform Blitzbefragung November 2022.

Blitzbefragung von Nutzerinnen und Nutzer der Gründerplattform

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, die KfW und BusinessPilot³ haben zusammen mit den zentralen Akteuren der Gründungsförderung die Gründerplattform als eine digitale Arbeitsumgebung für Gründerinnen und Gründer entwickelt. Das Angebot ist darauf ausgerichtet, Gründen in Deutschland einfacher zu machen. Auf [Gründerplattform.de](https://gruenderplattform.de) können kostenfrei erste Ideen zu einem Geschäftsmodell weiterentwickelt, ein Businessplan geschrieben und potenzielle Förder- und Finanzierungspartner kontaktiert werden.

Bei den nächsten Schritten zur Realisierung eines Gründungsvorhabens helfen Tools aus der modernen Gründungsberatung und Entrepreneurship-Lehre. Ein wichtiges Anliegen ist es, Gründungsförderer mit ihren Angeboten auf der Plattform einzubeziehen. Die Plattform bündelt das in Deutschland vorhandene Förder-Knowhow und zeigt die Förderangebote genau an den Stellen an, wo sie im Gründungsprozess konkret weiterhelfen.

Die Gründerplattform ist seit April 2018 zugänglich, die Nutzerinnen und Nutzer sind deshalb meist „junge“ Selbstständige, also Personen, die sich erst vor wenigen Jahren selbstständig gemacht haben oder eine Selbstständigkeit planen. Nutzerinnen und Nutzer der Gründerplattform wurden via Pop-up bei Login auf die Plattform zur Teilnahme an einer Online-Kurzumfrage eingeladen. Das Umfrage-Pop-up war vom 07.12.2022 bis 12.01.2023 aktiv. In dieser Zeit nahmen 65 „junge“ Selbstständige (Gründerinnen und Gründer) und 105 Gründungsplanerinnen und -planer an der Umfrage teil.

Wer aus Arbeitslosigkeit oder Grundsicherung heraus gründet, kommt dagegen mit dem Jobcenter in Kontakt. Auch dürfte es durch die Corona-Beschränkungen häufiger zu Kontakt von Selbstständigen mit dem Jobcenter gekommen sein, weil sie bei Verdienstaussfällen unter vereinfachten Voraussetzungen Grundsicherung beantragen konnten. Die gesetzlichen Krankenkassen sind für alle (werdenden) Gründerinnen und Gründer Anlaufstelle, die sich beispielsweise freiwillig gesetzlich krankenversichern oder die Möglichkeit zur Familienversicherung nutzen wollen. Ähnliches gilt für die Deutsche Rentenversicherung. Zum einen gibt es eine Reihe selbstständiger Tätigkeiten, die in der Rentenversicherung pflichtversichert sind. Zum anderen ist auch hier eine freiwillige Versicherung möglich. Von der Deutschen Rentenversicherung wird auch das Statusfeststellungsverfahren durchgeführt. Darin wird überprüft, ob eine selbstständige Tätigkeit auch eine solche ist oder es sich sozialversicherungsrechtlich um eine abhängige Beschäftigung handelt („Scheinselbstständigkeit“). Seit knapp einem Jahr kann eine solche Prüfung vor Beginn der Tätigkeit beantragt werden, was möglicherweise die Kontakthäufigkeit von (werdenden) Gründerinnen und Gründern mit der Deutschen Rentenversicherung erhöht hat.

Mit Jobcenter und Finanzamt treten laut (werdender) Gründerinnen und Gründer am häufigsten Probleme auf

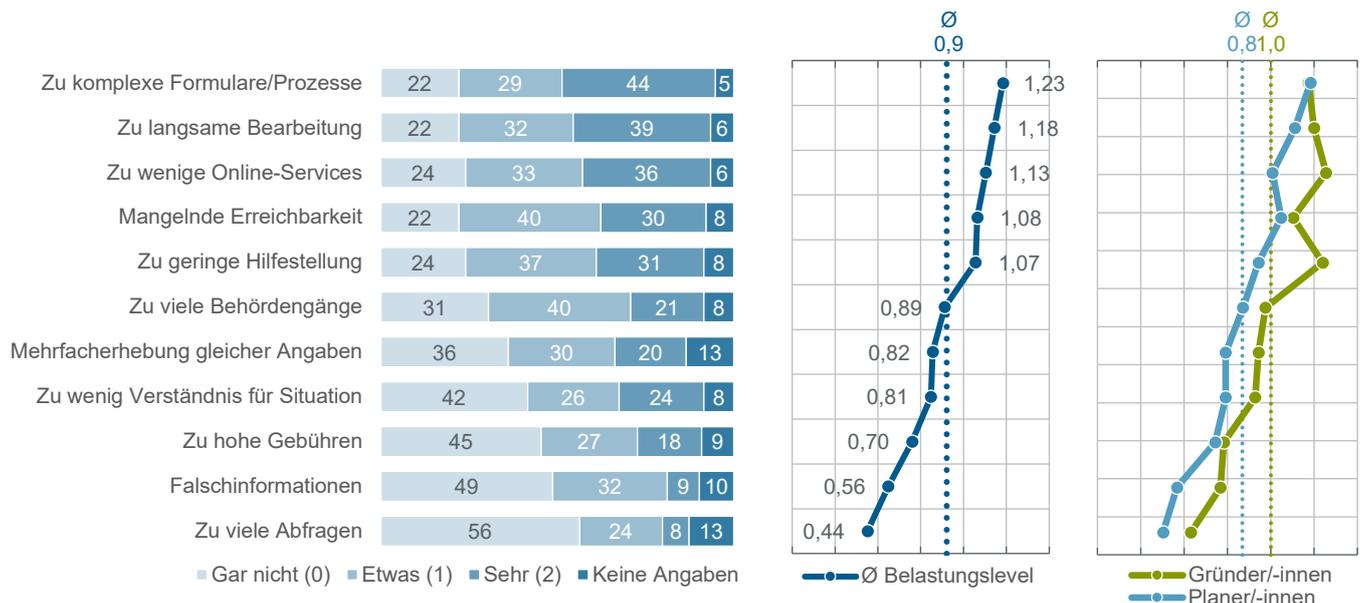
Mit dem Jobcenter und dem Finanzamt kommt es in der Wahrnehmung der (werdenden) Gründerinnen und Gründer am häufigsten zu Problemen, etwa 4 von 10 Antwortenden mit Kontakt zu den Institutionen berichten davon. Bekannte potenzielle Konfliktpunkte sind hier beispielsweise die Bewilligung des Gründungszuschusses oder die Anerkennung einer freiberuflichen Tätigkeit. Hier können teilweise vorhandene Ermessensspielräume zu Problemen führen. Bei Kontakt mit der Deutschen Rentenversicherung oder den gesetzlichen Krankenkassen nahmen etwa 3 von 10 Antwortenden Probleme wahr. Auch hier gibt es mit der genannten Statusfeststellung (Ermessensspielräume) oder um die Familienversicherung (Einkommensgrenze) bekannte potenzielle Konfliktpunkte. Beim Kontakt mit dem Gewerbeamt nahm wiederum etwa jeder vierte der Antwortenden Probleme wahr. Zu solchen kann es insbesondere wegen fehlerhafter Angaben bei der Gewerbebeanmeldung kommen. Bei der Wahrnehmung von Problemen gibt es nur wenige belastbare Unterschiede zwischen jenen, die schon selbstständig sind und jenen, die es werden wollen – insbesondere, weil die Planerinnen und Planer häufig noch keinen Kontakt zu den öffentlichen Institutionen hatten. Am auffälligsten ist, dass bei den bereits Selbstständigen die gesetzlichen Krankenkassen an erster Stelle liegen.

Komplexität, Geschwindigkeit und Digitalisierung sind Hauptproblemfelder bei Bürokratie

Die Belastungsfaktoren, die bei (werdenden) Gründerinnen und Gründern im Kontakt mit öffentlichen Institutionen auftreten, sind zwar vielfältig, einige wiegen aber deutlich schwerer als andere. So werden einerseits zu komplexe Formulare und Prozesse von 44 % als sehr belastend wahrgenommen, ebenso wie zu lange Bearbeitungszeiten von 39 % und fehlende Online-Services von 36 % (Grafik 2). Andererseits sind Dinge wie die Häufigkeit von Abfragen oder die Informationsqualität positiv hervorzuheben. Damit hatte die Hälfte der Befragten (56 und 49 %) gar keine Probleme.

Grafik 2: Hauptbelastungsfelder beim Kontakt von (werdenden) Gründerinnen und Gründer mit öffentlichen Institutionen: Komplexität, Geschwindigkeit, Digitalisierung, Kundenorientierung

Was hat dich beim Umgang mit Ämtern, Kammern und Behörden bei deiner (geplanten) Selbstständigkeit belastet? Anteile der Antwortenden in Prozent. Durchschnittliches Belastungslevel als arithmetischer Mittelwert der gewichteten Likert-Items mit Werten von 0–2 (ohne „keine Angaben“).



Quelle: Gründerplattform Blitzbefragung November 2022.

Das durchschnittliche Belastungslevel, also der Durchschnitt aller mit Werten versehenen Antwortmöglichkeiten („gar nicht“=0, „etwas“=1 und „sehr“=2) über alle Faktoren hinweg, beträgt 0,9. Fünf Faktoren liegen klar über diesem Gesamtschnitt. Diese zugrunde gelegt kann Bürokratie hauptsächlich mit den Attributen zu komplex (1,23), zu langsam (1,18), zu analog (1,13), zu wenig hilfreich (1,08) und zu wenig erreichbar (1,07) zusammengefasst werden. Maßnahmen zum Bürokratieabbau sollten daher die Lösung dieser Probleme zentral berücksichtigen. Weiter sind zu viele Behördengänge (0,89), die Mehrfacherhebung gleicher Angaben (0,82) und zu wenig Verständnis für die Situation (0,81) eher durchschnittlich problematisch. Zu hohe Gebühren (0,7), Falschinformationen (0,56) und zu viele Abfragen (0,44) sind wiederum Faktoren, die weit unter dem durchschnittlichen Belastungslevel liegen.

Das durchschnittliche Belastungslevel ist bei Gründerinnen und Gründern höher als bei Planerinnen und Planern (1,0 vs. 0,8). Das war zu erwarten, da Planerinnen und Planer unterschiedlich weit im Gründungsprozess vorangeschritten sind und somit noch weitere (als problematisch empfundene) Kontakte mit öffentlichen Institutionen folgen können. Neben dem höheren Belastungslevel unterscheiden sich Gründerinnen und Gründern auch leicht in den Top-3 der Problemfaktoren. Für Gründerinnen und Gründer sind zu wenige Online-Services, zu geringe Hilfestellung sowie zu langsame Bearbeitung am belastendsten, für Planerinnen und Planer sind es zu komplexe Formulare und Prozesse, zu langsame Bearbeitung sowie mangelnde Erreichbarkeit. Auch wenn sich die Hauptproblemfaktoren in der Reihenfolge leicht unterscheiden, sind bei Gründerinnen und Gründern und Planerinnen und Planer doch die gleichen Problemfelder prioritär: Komplexität, Geschwindigkeit, Digitalisierung, Kundenorientierung. Dies sind die entscheidenden Ansatzpunkte.

Zu hoher Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für viele (werdende) Gründerinnen und Gründer problematisch

Auch wenn Bürokratie viele verschiedene Facetten hat, tauchen in Erfahrungsberichten bestimmte Konfliktpunkte vermehrt auf. Zu nennen sind hier

- ein zu hoher Mindestbeitrag bei freiwilliger Teilnahme an der gesetzlichen Krankenversicherung,
- zu geringe Einkommensgrenzen bei einer Nebenerwerbs-selbstständigkeit,
- eine nicht nachvollziehbare Auslegung von gewerblicher und freiberuflicher Tätigkeit,
- eine unterschiedliche Auslegung von Voll- und Nebenerwerb durch verschiedene Stellen sowie
- eine nicht nachvollziehbare Auslegung von selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung (Statusfeststellung).

Ein zu hoher Mindestbeitrag bei der freiwilligen Teilnahme an der gesetzlichen Krankenversicherung ist etwas, was offensichtlich der Hälfte der (werdenden) Gründerinnen und Gründern Schwierigkeiten bereitet. Bei jenen (werdenden) Gründerinnen und Gründern, die die Problemstellung für sich als relevant einordnen – also jene, die sich freiwillig gesetzlich krankenversichert haben oder wollen –, hatten sogar zwei Drittel Schwierigkeiten mit dem Mindestbeitrag. Hier könnte geprüft werden, ob der Mindestbeitrag weiter gesenkt oder der Beitrag grundsätzlich einkommenabhängig ausgestaltet werden kann.

Zu geringe Einkommensgrenzen bei einer Nebenerwerbs-selbstständigkeit hat 19 % der (werdenden) Gründerinnen und Gründern Schwierigkeiten bereitet. Diese Problemstellung ist allerdings für viele nicht relevant, bspw. weil sie ihre Selbstständigkeit sowieso im Vollerwerb ausüben oder deutlich unter den relevanten Verdienstgrenzen bleiben. Von jenen, die es betrifft, hatten allerdings 36 % Schwierigkeiten damit. Die Schwierigkeiten können verschiedenster Art sein, beispielsweise dass man aus Familienversicherung bei den gesetzlichen Krankenkassen herausfällt oder dass aufgrund der harten Grenzen ein langsamer Ausbau der Selbstständigkeit vom Nebenerwerb in den Vollerwerb (bzw. Haupterwerb) nicht möglich ist. Hier könnten höhere Verdienstgrenzen geprüft werden oder auch die Einführung von Gleitzonen ähnlich der Regelung bei Midijobs.

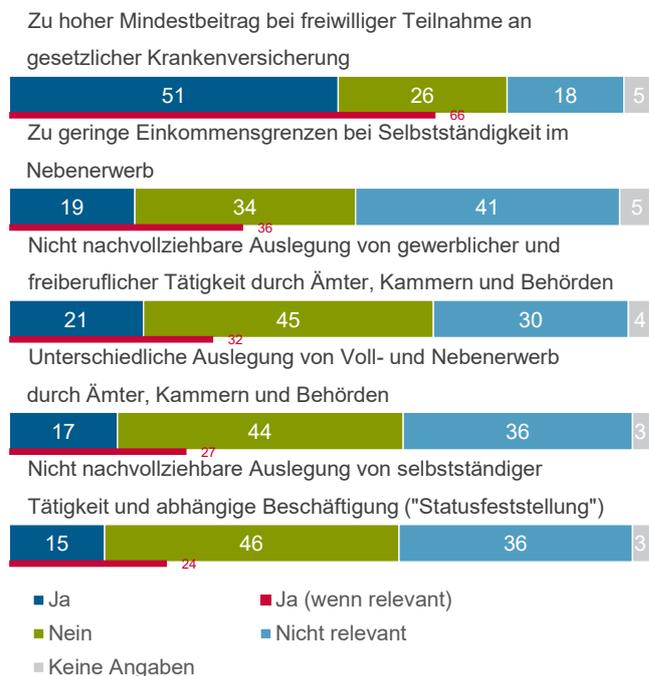
Eine nicht nachvollziehbare Auslegung von gewerblicher und freiberuflicher Tätigkeit bereitet gut einem Fünftel der (werdenden) Gründerinnen und Gründern Schwierigkeiten, aber knapp einem Drittel, wenn die Problemstellung für sie relevant war. Das dürfte insbesondere bei freiberuflichen Selbstständigkei-ten der Fall sein, in denen den freien Katalogberufen ähnliche Tätigkeiten ausgeübt werden, deren Anerkennung von den Finanzämtern per Einzelfallentscheidungen beschieden werden. Hiervon sind beispielsweise beratende oder IT-Tätigkeiten besonders betroffen. Hier könnten Positivkriterien helfen, die hinreichend für eine eindeutige Einordnung sind.

Mit einer unterschiedlichen Auslegung von Voll- und Nebenerwerb durch verschiedene öffentliche Stellen hatten 17 % der (werdenden) Gründerinnen und Gründern Schwierigkeiten. Das sind 27 % derjenigen, für die die Problemstellung relevant war. Für Selbstständige im Nebenerwerb können unterschiedliche Verdienst-, Arbeitszeit- und Beschäftigungsgrenzen problematisch sein, die von der gesetzlichen Krankenversicherung, der Deutschen Rentenversicherung, der Arbeitsagentur oder dem Finanzamt angelegt werden, um den Übergang in den Vollerwerb (bzw. Haupterwerb) festzustellen. Hier könnte eine Angleichung der Abgrenzungskriterien helfen.

Eine nicht nachvollziehbare sozialversicherungsrechtliche Einordnung von selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung (Statusfeststellung) bereitete 15 % der (werdenden) Gründerinnen und Gründern Schwierigkeiten bzw. knapp einem Viertel (24 %) derjenigen, für die die Problemstellung relevant war. Relevant dürfte die Problemstellung insbesondere für freiberufliche Soloselbstständige sein, die bei ihren Kunden in großen Projekten mitwirken. Für solche Projekte greifen Unternehmen gerne auf freie Mitarbeiter zurück, die für den Projektzeitraum ihre Expertise flexibel in das Unternehmen einbringen. Aufgrund uneindeutiger Kriterien zur Abgrenzung von selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung besteht hier das Risiko, dass die beauftragten freien Mitarbeiter als schein-selbstständig gelten, ihre Tätigkeit also als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingeordnet wird und Sozialversicherungsbeiträge rückwirkend nachgezahlt werden müssen. Das kann je nach Umfang und Dauer der Tätigkeit sowohl für die betroffenen Selbstständigen als auch für die Auftraggeber existenzbedrohend sein. Auch hier könnten Positivkriterien helfen, die hinreichend für eine Feststellung der selbstständigen Tätigkeit sind.

Grafik 3: Der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bereitet vielen (werdenden) Gründerinnen und Gründern immer noch Schwierigkeiten

Sind bei deiner (geplanten) Selbstständigkeit folgende Schwierigkeiten aufgetreten? Anteil der Antwortenden in Prozent.



Quelle: Gründerplattform Blitzbefragung November 2022.

„Weniger Bürokratie“ kann Gründungsbereitschaft erhöhen: Komplexität reduzieren, Geschwindigkeit erhöhen, Prozesse digitalisieren, Kundenorientierung verbessern

Egal ob Männer oder Frauen, ob Jüngere oder Ältere, bei allen würde weniger Bürokratie die Gründungsbereitschaft am stärksten erhöhen.⁴ Die genannten Belastungsfaktoren anzugehen ist deshalb wichtig. Komplexität reduzieren, Geschwindigkeit erhöhen, Prozesse digitalisieren, Kundenorientierung verbessern sind dabei die Maßgaben. Insbesondere die Verringerung von Komplexität durch einfache und eindeutige Kriterien sowie eine institutionenübergreifende Harmonisierung sind vielversprechende Ansätze, wie die Musterbeispiele zeigen. Das würde auch Druck von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Institutionen nehmen, die weniger Aufwand mit Klärung und Erklärung der Rechtslage und ihrer Entscheidungen hätten und sich wieder stärker auf die Bearbeitung der Anliegen ihrer Antragstellenden konzentrieren könnten.

Die Präferenz für eine berufliche Selbstständigkeit hat sich in Deutschland seit dem Jahr 2000 beinahe halbiert.⁵ Die tatsächliche Gründungstätigkeit ist sogar um rund 60 % gefallen. Der rekordverdächtige Arbeitsmarktboom seit Mitte der Nullerjahre, die demografische Entwicklung sowie die wirtschaftspolitischen Turbulenzen der jüngeren Vergangenheit sind die drei Hauptursachen für diese Entwicklung. Zwei davon werden auf absehbare Zeit bleiben. Angesichts des akuten Fachkräftemangels werden sich die Konditionen für Arbeitnehmer eher weiter verbessern, die Attraktivität einer abhängigen Beschäftigung also weiter zunehmen. Auch lässt die demografische Alterung sich kaum aufhalten, es werden also immer mehr Menschen zu Altersgruppen mit strukturell geringerer Gründungsbereitschaft gehören. Einzig hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Unsicherheit ist zu erwarten, dass sie mittelfristig

wieder schwindet. Um die Aussichten für die Gründungstätigkeit wieder zu verbessern, wäre es deshalb wichtig, bestehende Barrieren konsequent abzubauen. Hier beim Abbau von Bürokratie anzusetzen, der gleichzeitig die Effizienz der öffentlichen Verwaltung erhöht, lässt eine „doppelte Dividende“ erwarten.

Grundsätzlich wäre es zielführend, bei neuen oder der Änderung bestehender Regeln und Verfahren die Bürokratiebelastung immer gleich mitzudenken. Mit der „Clearingstelle Mittelstand“ gibt es in Nordrhein-Westfalen einen vielversprechenden Ansatz. Die unabhängige Stelle überprüft mittelstandsrelevante Regelungen und Maßnahmen der Landesregierung auf ihre „Mittelstandsfreundlichkeit“ und macht ggf. Vorschläge für eine verträglichere Ausgestaltung. Sie hat in neun Jahren 117 Clearingverfahren durchgeführt.⁶

Folgen Sie KfW Research auf Twitter:

<https://twitter.com/KfW>

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation:

[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-\(D\)/index.jsp](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-(D)/index.jsp)

¹ Metzger, G. (2022), Gründungstätigkeit 2021 zurück auf Vorkrisenniveau: mehr Chancengründungen, mehr Jüngere, mehr Gründerinnen, KfW-Gründungsmonitor 2022, KfW Research.

² Leifels, A. (2017), Existenzgründer und Bürokratie: für jeden dritten eine Schwierigkeit, aber selten ein Abbruchgrund, Fokus Volkswirtschaft Nr. 175, KfW Research.

³ BusinessPilot ist ein Joint Venture von EVEREST, einem Hamburger Projektentwickler für digitale Plattformen“ (siehe everest-x.de), und der Berliner Software-schmiede individeo. BusinessPilot obliegt die inhaltliche und technische Entwicklung sowie der Betrieb der Gründerplattform. Einen herzlichen Dank das Team der Gründerplattform für die Ermöglichung und Umsetzung der Blitzumfrage.

⁴ Metzger, G. (2023), Selbstständigkeit für viele nicht attraktiv, Gründungsbereitschaft aber gestiegen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 418, KfW Research.

⁵ Metzger, G. (2023), Selbstständigkeit für viele nicht attraktiv, Gründungsbereitschaft aber gestiegen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 418, KfW Research.

⁶ Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW bei IHK NRW (2021), Tätigkeitsbericht 2021.